



Ergebnis für Rdn-Nachen.
 Gesamtergebnis des Ver-
 Rdn-Nachen.
 569 614 Stimmen
 943 066
 73 917
 18 987
 30 203
 5 759

Mehrheits-Sozialisten
 Ortsgruppe Geistingen.
Genossen! Genossinnen!
Samstag 6,30 Uhr abends
 bei Gastwirt G. Müller in Geistingen
Versammlung
 zwecks Gründung der Orts-
 gruppe Geistingen.
 Regelung für die Wahlen am

Auszug aus der Hennefer Volkszeitung (1919)

AUSGABE **HENNEF**

Nov. 2018



klartext

ZEITUNG DER SPD IM RHEIN-SIEG-KREIS

100 JAHRE SPD IN HENNEF

Am 25. Januar 1919 gründete sich die SPD-Ortsgruppe Geistingen

>>> Aufgeregte Zeiten herrschten im Januar 1919. Erstmals durften Frauen nach der Einführung des Frauenwahlrechts durch die sozialdemokratische Regierung, die nach der Abdankung des Kaisers ins Amt gekommen war, am 19. Januar an der Wahl zur Deutschen Nationalversammlung teilnehmen. Ein riesiger Schritt! Vier Tage später riefen die Sozialdemokraten in der „Hennefer Volkszeitung“ für den 25. Januar zur Gründung einer Ortsgruppe Geistingen auf. Die „Mehrheitssozialisten“ berieten in der Gaststätte Müller in Geistingen außerdem über die anstehende Preussische Landtagswahl am darauf folgenden Sonntag. Auch wenn schon vorher Veranstaltungen der SPD in

Hennef stattfanden, gilt diese Versammlung als die Gründungsstunde der SPD in Hennef. Wenige Tage später gründete sich auch die Ortsgruppe Hennef. Im nächsten Jahr feiert der Ortsverein daher sein 100-jähriges Bestehen und ist damit die mit Abstand älteste und traditionsreichste Partei im Stadtgebiet.

Auch wenn es die SPD im konservativ geprägten Hennef seit je her nicht einfach hatte, kämpften die Hennefer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für sozialen Fortschritt und die erste deutsche Demokratie. Dabei stellten sie sich auch den Nationalsozialisten entgegen und litten unter dem NS-

Regime. 1933 wurde die SPD verboten. Mit der Entstehung der Stadt Hennef im Jahr 1969 entstand auch die Hennefer SPD aus den Ortsvereinen Uckerath, Hennef und Lauthausen. In Uckerath stellte die SPD mit Wilhelm Püttmann 1948-52 den Bürgermeister. 1979 wurde Hans Welbers zum bisher einzigen SPD-Bürgermeister Hennefs gewählt. Dennoch hinterließ die SPD an vielen Stellen in der Stadt ihre Spuren, nicht nur in der Schullandschaft.

Am 28. Januar lädt die SPD Hennef zur Jubiläumsfeier ab 18 Uhr in die Meys Fabrik ein. Als Gast wird Malu Dreyer, Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, erwartet.

„SPIELEBUS“ FÜR DIE DÖRFER

Neues mobiles Angebot der offenen Jugendarbeit

>>> Vier Jahre ist es mittlerweile her, dass die SPD-Ratsfraktion erstmals anregte, beispielsweise durch einen „Spielebus“ ein neues mobiles Angebot der offenen Jugendarbeit für die Hennefer Dörfer zu schaffen. Viele Kinder und Jugendliche können die Angebote im Stadtzentrum nicht so einfach nutzen. Deshalb sollen die Angebote auch in die Hennefer Dörfer gelangen, so die Idee der Sozialdemokraten. Anfang des Jahres wiederholte die SPD-Fraktion diese Forderung und schlug im Jugendhilfeausschuss vor, Mittel des Förderprogrammes VITAL.NRW zu nutzen.

Dieses Programm hatte die ehemalige rot-grüne Landesregierung aufgelegt, um in ausgewählten Regionen das Leben im ländlichen Raum zu stärken. Nun sollen diese Gelder auch der offenen Jugendarbeit in Hennef zugutekommen. Für nächstes Jahr sind Mittel für ein geeignetes Fahrzeug im Haushalt eingeplant, das mit Spielen, Außenmöbeln, Bastelmaterial und vielem mehr ausgestattet wird. Sobald Fördermittel fließen und das Auto startklar ist, können die regelmäßigen Angebote für die Hennefer „Dorfkinder“ starten.

PROBLEME BEI SCHULBUSSEN

>>> Mit der Integration der Schulbusse in den Linienverkehr der RSVG zum Schuljahresbeginn gab es an vielen Stellen Probleme. Zwar fahren insgesamt nicht weniger Busse als vorher, dennoch traten Schwierigkeiten auf, weil Busse verspätet fahren oder überfüllt sind. Die SPD-Fraktion forderte deshalb Nachbesserungen in Abstimmung mit der RSVG ein. Einige Verbesserungen konnten bereits erzielt werden, andere Problemstellen werden noch genauer untersucht. Wenn Sie ebenfalls Probleme feststellen, wenden Sie sich gerne an uns.

WOHNEN IN HENNEF MUSS BEZAHLBAR SEIN

Konkrete Vorschläge der SPD für bezahlbaren Wohnraum in Hennef

>>> Es wird in unserer Stadt immer schwieriger, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Die SPD legt seit Jahren immer wieder konkrete Vorschläge vor, um etwas an dieser Situation zu verbessern. Einiges konnte erreicht werden, wie z.B. die Erstellung eines Handlungskonzeptes Wohnen. Auch einige Bauprojekte konnten in den letzten Jahren endlich angegangen und abgeschlossen werden. Der politische Druck der SPD zeigt an dieser Stelle Wirkung. Dennoch werden

weiterhin Chancen durch die CDU-Ratsmehrheit nicht genutzt. Gemeinsam mit der FDP lehnte sie etwa den Vorschlag der SPD-Fraktion ab, bei größeren Bauprojekten eine Mindestquote an gefördertem Wohnungsbau festzulegen. Die SPD möchte Investoren so zu einer kooperativen und sozialen Baulandentwicklung bewegen. Um bei der Bereitstellung von Wohnungen mit niedrigen Mietpreisen nicht völlig auf private Investoren angewiesen zu sein, fordert

die SPD weiterhin auch eine städtische Wohnungsbaugesellschaft. Nur so können auch dauerhaft bezahlbare Mieten garantiert werden. Für das Neubaugebiet Uckerath-Süd/Kantelberg möchte die SPD schon jetzt die Weichen stellen, damit auch dort bezahlbarer Wohnraum entsteht. So wird das Subzentrum Uckerath gestärkt durch eine gute Mischung aus Einfamilienhäusern und geförderten sowie freifinanzierten Wohnhäusern.

HENNEFER FAMILIEN VON KITA-GEBÜHREN ENTLASTEN

>>> Frühkindliche Bildung muss gebührenfrei sein. Diesem Grundsatz folgt die Hennefer SPD und erwirkte mit einem Antrag im Jugendhilfeausschuss, dass Familien mit einem Jahreseinkommen unter 25.000 Euro ab dem 1. August in Hennef keine Kita-Gebühren mehr zahlen müssen. Dies ist eine Entlastung für Geringverdienende und ein erster Schritt in Richtung Gebührenfreiheit. Ziel der SPD ist es, die Betreuung in Kitas und

Tagespflege zukünftig ohne Elternbeiträge zu ermöglichen. Dafür ist die Stadt auf Unterstützung von Bund und Land angewiesen. Über das neue „Gute-Kita-Gesetz“ von Familienministerin Giffey (SPD) fließen bald Milliardenzuschüsse des Bundes. Nun muss sich auch die schwarz-gelbe Landesregierung endlich bewegen. Dort steht die Gebührenfreiheit weiterhin leider nicht auf der Tagesordnung.

INHALT DIESER AUSGABE

SPD Rhein-Sieg wählt und **schärft Profil** Seite 2

Schwarz-Grün im Kreis steht beim **Wohnungsbau** auf der Bremse Seite 3

Hennefer SPD feiert **100. Geburtstag** Seite 4

Jugendarbeit für die Hennefer Dorfkinder Seite 4



www.spd-hennef.de
 www.spd-rhein-sieg.de

Herausgeber: SPD-Kreisverband Rhein-Sieg | Günter Freitag (V.i.S.d.P.) |
 Frankfurter Str. 47 | 53840 Troisdorf | Seite 1 und 4 : SPD-Ortsverein
 Hennef | Hanna Nora Meyer (V.i.S.d.P.), info@spd-hennef.de.



„HEIMAT“ NICHT DEN RECHTEN ÜBERLASSEN

Der Begriff Heimat erlebt eine erstaunliche Renaissance. Häufig wird der Begriff von der politischen Rechten jedoch instrumentalisiert und ausgrenzend gebraucht. Ob es auch einen sozialdemokratischen Heimatbegriff gibt, fragten die Jusos Rhein-Sieg und die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) bei einem gemeinsamen Themenabend. Schnell einig war man sich darin, den Begriff Heimat nicht einfach den Rechten zu überlassen, sondern ihn positiv und progressiv zu besetzen. „Bedroht wird Heimat nicht durch Vielfalt, sondern durch das Schließen von Jugendzentren, Bürgerhäusern und Dorfkneipen, oder auch durch steigende Mieten, die Menschen aus ihrem Umfeld verdrängen“, so der Jusos-Vorsitzende Mario Dahm. Wilfried Hanft (SGK) sah die Aufgabe der Kommunen darin, entsprechende Angebote zu schaffen, die Begegnung und Austausch ermöglichen. Für Sara Zorlu, SPD-Fraktionsvorsitzende in Eitorf, ist die Kommunalpolitik der Ort, an dem Heimat durch politisches Handeln hergestellt werden muss.

NRWSPD LEGT KONZEPT FÜR BEZAHLBARE MIETEN VOR

Um explodierenden Mieten und der Wohnungsnot etwas entgegenzusetzen, stellte der neue Landesvorsitzende der SPD, Sebastian Hartmann, ein Konzept vor. Mittels einer neuen Wohnungsbaugesellschaft des Landes sollen neue, bezahlbare Wohnungen entstehen. Sie arbeitet dabei ohne zusätzliche Haushaltsmittel und großen Verwaltungsapparat, indem die Kommunen Grundstücke als Eigenkapital einbringen, auf denen gebaut wird. Da die Landesgesellschaft keine Gewinne erzielen muss, kann sie überall im Land Wohnraum mit günstigen Mietpreisen bereitstellen. Außerdem will die SPD Mietsteigerungen gesetzlich stark begrenzen.

„ROT PUR“ - SPD RHEIN-SIEG FÜR HÖHERE RENTEN UND MINDESTLOHN

>>> Die inhaltliche Debatte und die Wahl eines neuen Kreisvorstands standen im Mittelpunkt des Kreisparteitages der SPD im Rhein-Sieg-Kreis. Schon zuvor hatte die SPD in drei thematischen Veranstaltungen Ideen für die Themen Rente, Arbeit, Europa und Verteilungsgerechtigkeit gesammelt und diese in Anträgen auf dem Parteitag zur Diskussion gestellt. Mit diesen Positionierungen will die Rhein-Sieg-SPD auch auf Landes- und Bundesebene wirken und aktiv an einer Profilschärfung der SPD als linker Volkspartei mitwirken.

So fordern die Sozialdemokraten u.a. steigende Renten und eine neue „Garantierente“ von mindestens 1000 Euro, damit ein gutes Leben im Alter überall im Land möglich ist. Gute Arbeit muss auch gut bezahlt werden. Deshalb setzt sich die SPD Rhein-Sieg für die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro ein. Auch das ist ein Mittel, um Altersarmut zu bekämpfen. Die sachgrundlose Befristung will die Kreispartei verbieten, um mehr Sicherheit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen. Um Investitionen in Bildung, Infrastruktur und sozialen Zusammenhalt sowie einen starken solidarischen Sozialstaat zu finanzieren, sprachen sich die

Delegierten für die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und einen höheren Spitzensteuersatz für Top-Verdiener aus. So könnten gleichzeitig auch Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen entlastet werden.

Auf Antrag der Jusos schloss sich die SPD der Forderung nach einem „Ticket für alle“ für 365 Euro im Jahr und einen Euro am Tag im gesamten Verkehrsverbund an. Ein solches Ticket könnte perspektivisch Mobilität für alle Menschen sicherstellen sowie Luftverschmutzung und Dauerstau effektiv bekämpfen.

Mit 96% Zustimmung wählte der Parteitag den Bundestagsabgeordneten Sebastian Hartmann aus Bornheim erneut zum Kreisvorsitzenden. Seine Stellvertreter sind Achim Tüttenberg (Troisdorf) und Sara Zorlu (Eitorf). KassiererIn ist weiterhin Nicole Sander, Bürgermeisterin von Neunkirchen-Seelscheid. Die Schriftführung übernimmt Gisela Becker aus Lohmar. Den neuen Kreisvorstand komplettieren Mario Dahm (Hennef), Tobias Leuning (Swisttal), Cornelia Mazur-Flör (Königswinter), Katja Ruiters (Much), Frank Sauerzweig (Siegburg) und Denis Waldästl (Sankt Augustin).



Der neue Kreisvorstand der SPD Rhein-Sieg

SCHWARZ-GRÜN STEHT BEIM WOHNUNGSBAU AUF DER BREMSE

>>> Bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen zu schaffen, ist die zentrale soziale Aufgabe des Jahrzehnts. Im Rhein-Sieg-Kreis fehlen bis zu 30.000 Wohnungen. Das liegt nicht nur am Zuzug, sondern z.B. auch daran, dass durchschnittlich immer weniger Personen in einem Haushalt zusammenleben. Wird der Wohnraum knapp, steigen die Preise. Das lässt sich auch im Rhein-Sieg-Kreis beobachten. Gerade in den Ballungsgebieten gibt es kaum noch bezahlbare Wohnungen. Die Folge ist ein Verdrängungsmechanismus.

Menschen mit kleinen Einkommen werden aus ihrem Umfeld verdrängt. Die SPD-Kreistagsfraktion arbeitet seit Jahren an diesem wichtigen Thema, scheitert mit Vorschlägen aber immer

„Investieren statt spekulieren.“

wieder an der schwarz-grünen Kreistagsmehrheit, die allenfalls halbherzig agiert. Zuletzt lehnten CDU und Grüne den Vorschlag der SPD ab, die Aktien-

anteile des Kreises am RWE-Konzern zu veräußern und die erzielte Summe in den Bau von Wohnungen mit bezahlbaren Mieten im öffentlichen Eigentum zu investieren. „Wir sind erstaunt, dass die Grünen im Hambacher Forst gegen das RWE demonstrieren, im Rhein-Sieg-Kreis aber gemeinsam mit der CDU eisern daran festhalten, Aktionär des Kohlekonzerns zu bleiben, statt kreiseigene Wohnungen zu bauen“, bedauert der Fraktionsvorsitzende der SPD, Dietmar Tendler, die Haltung der Kreistagsmehrheit.



SOZIALER ARBEITSMARKT ALS CHANCE FÜR DIE REGION

SPD-Kreistagsfraktion hatte zur Diskussion geladen

>>> „Langzeitarbeitslose brauchen eine realistische Chance auf eine Arbeit, die sie leisten können“ - mit diesen Worten begrüßte Dietmar Tendler, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, interessierte Gäste zu einer Podiumsdiskussion zum sozialen Arbeitsmarkt. Auf Betreiben der SPD werden 150.000 neue, staatlich unterstützte Jobs geschaffen, um Langzeitarbeitslosen eine Perspektive zu bieten, die sonst kaum Fuß fassen könnten. Professor Dr. Stefan Sell von der Hochschule Koblenz stellte die Funktionsweise dieses Arbeitsmarktes vor. Zunächst werde ein Lohnkostenzuschuss gezahlt, der nach und nach reduziert wird. Der Geschäftsführer des DGB in Bonn/Rhein-Sieg, Jörg Mährle, sah in dem vorliegenden Gesetzentwurf von Bundesarbeitsminister Heil

(SPD) ebenfalls eine Chance und beschrieb das aktuelle System als würdelos. Kreishandwerksmeister Thomas Radermacher betonte, dass man nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen dürfe und verhindern müsse, dass ganze Generationen langzeitarbeitslos blieben.

Hinsichtlich der Aufgabenfelder auf dem sozialen Arbeitsmarkt betonte Ralf Holtkötter vom JobCenter Rhein-Sieg, dass es keinen Mangel an geeigneten Tätigkeiten etwa in sozialen Einrichtungen oder Kommunen gebe. Unterstützung von Menschen mit körperlichen Einschränkungen, die Pflege von öffentlichen Flächen oder einfache Verwaltungstätigkeiten zur Unterstützung von Fachkräften kämen in Frage.

DENIS WALDÄSTL ZUM VIZE-LANDRAT GEWÄHLT

Der Kreistag wählte den 31-jährigen Sozialdemokraten Denis Waldästl aus Sankt Augustin zum stellvertretenden Landrat des Rhein-Sieg-Kreises. Waldästl folgt damit auf Sebastian Hartmann, der das Amt nach seiner Wahl zum Landesvorsitzenden der SPD in NRW niedergelegt hatte. Er gehört dem Kreistag seit 2014 an und sitzt ebenfalls im Stadtrat von Sankt Augustin.

SPD-FRAKTION KRITISIERT PROJEKT „LEAD CITY“

Als Mogelpackung bewerten die SPD-Verkehrspolitiker die Maßnahmen im Rahmen des ÖPNV-Modellprojekts in Bonn und dem Kreisgebiet. Allen Angebotsverbesserungen droht mangels langfristiger Finanzierung schon nach 1,5 Jahren wieder das Aus. Vom einstigen „kostenlosen Nahverkehr“ ist nur noch eine Umstiegsprämie für Bonner Neukunden mit dem großspürigen Namen „Klimaticket“ übrig geblieben.